



## Beate Müller-Gemmeke

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Bündnis 90/Die Grünen  
Sprecherin für Arbeitnehmerrechte

Berlin

Platz der Republik 1 - 11011 Berlin  
Tel: (030) 227 73041, Fax: (030) 227 76041  
beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

Wahlkreis

Gartenstraße 18 - 72764 Reutlingen  
Tel: (07121) 9092411, Fax: (07121) 9943186  
beate.mueller-gemmeke.wko1@bundestag.de

Berlin, 18. März 2015

## Pressemitteilung

### Gewerkschaften stärken - ungleiche Lohnentwicklung stoppen

Die Lohnentwicklung in Deutschland geht seit Mitte der 90er Jahre auseinander. Ein wesentlicher Grund dafür ist - laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung und dem ifo-Institut - die weit verbreitete Flucht aus Tarifverträgen. Dazu erklärt Beate Müller-Gemmeke, Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte:

Die ungleiche Einkommensentwicklung ist nicht gerecht. So wird die Gesellschaft gespalten in steigende hohe Einkommen und niedrig bleibende Löhne auf der anderen Seite. Ursache dafür ist in erster Linie die zunehmende Zersplitterung unseres Tarifsystems, weil zu viele Arbeitgeber aus der Tarifbindung aussteigen und damit den Konsens der Tarifautonomie aufkündigen. Es ist nicht akzeptabel, dass in der Folge immer größere Teile der Bevölkerung mit dem gleichen Geld auskommen müssen, während sich obere Einkommensgruppen über Lohnzuwächse freuen können.

Die Bundesregierung muss endlich den Befund der Studie ernst nehmen, nach der heute nur 35 Prozent der Betriebe tarifgebunden sind, während es Mitte der 90er Jahre noch 60 Prozent waren. Sie darf nicht ignorieren, dass der Lohnunterschied zwischen tarifgebundenen und nicht tarifgebundenen Betrieben extrem zugenommen hat. 1999 verdienten Beschäftigte in tarifgebundenen Betrieben noch 8 Prozent mehr Lohn als in Betrieben ohne Tarifvertrag. 2010 betrug der Lohnunterschied laut der Studie bereits 19 Prozent. Das zeigt, dass die Entwicklung massiv in die falsche Richtung geht - zu Lasten der Beschäftigten, die eh schon wenig verdienen.

Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, die Gewerkschaften zu stärken, damit sie auch in schwierigen Branchen Tarifverträge erkämpfen können. Notwendig sind Reformen bei der Leiharbeit, bei Werkverträgen und insbesondere die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung. Denn gerade diese Randbelegschaften sind schwerer zu organisieren, weil deren Beschäftigungsdauer häufig kürzer ist und sie stets mit der Sorge leben müssen, durch gewerkschaftliche Betätigung den Job zu verlieren. Klare Leitplanken würden die Gewerkschaften stärken. Vor allem aber muss die Bundesregierung das Gesetz zur Tarifeinheit zurückziehen. Es schwächt die Gewerkschaften und verändert ohne Grund unsere Tariflandschaft. Das wäre genau das falsche Signal.